

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Petitzeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Anbahnung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Bekanntmachung

Auf Grund des Paragraphen 13 der Verbandssatzung wird hiermit die 15. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands auf Montag, den 13. August 1928, vormittags 9 Uhr, und folgende Tage nach Danzig einberufen.

Tagessordnung

(vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung):

1. Eröffnung. Wahl der Leitung und der Ausschüsse und Festsetzung der Geschäftsordnung.
2. Bericht des Vorstandes, des Verbandsausschusses und der Schriftleitung der „Baugewerkschaft“ mit anschließender Aussprache.
3. Beratung der Anträge betreffend Satzungsänderung.
4. Beratung sonstiger Anträge.
5. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Baugewerbes.
6. Wege und Möglichkeiten der Rationalisierung im Baugewerbe.
7. Wahl des Vorstandes und Verbandsausschusses.
8. Die sittlich-ethische Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit.

Das Tagungslokal wird später bekanntgegeben.

Anträge, die auf dieser Generalversammlung zur Besprechung kommen sollen, müssen bis zum 30. Juni d. J. beim Hauptvorstande eingegangen sein. Das Recht der Antragstellung haben laut § 15, Ziffer 10 der Verbandsatzung nur Verbandskörperschaften (Hauptverband, Verbandsausschuss, Bezirkskonferenzen, Verwaltungsstellen, Orts- und Berufsgruppen). Einzelnen Mitgliedern steht nur das Beschwerderecht an die Generalversammlung zu. Anträge der Verwaltungsstellen, Orts- und Berufsgruppen müssen von drei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet sein.

Die Wahlbezirke und die Wahlordnung sind an anderer Stelle dieser Nummer bekanntgegeben.

Der Hauptvorstand

J. A.: J. Wiedeberg.

Wahlordnung

für die Delegiertenwahlen 1928

1. Die Bezirksleiter sind für ihren Bezirk Wahlvorsteher. (Siehe § 13, Ziffer 7 der Verbandsatzungen.) Die Verwaltungsstellen erledigen demzufolge alle Wahlgeschäfte mit ihrem Wahlvorsteher.

2. Die Hauptwahlen finden am Sonntag, den 10. Juni, in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, durch geheime Stimmabgabe (Stimmzettel) statt; erforderliche Stichwahlen sind in gleicher Weise und in derselben Tageszeit am Sonntag, dem 8. Juli, vorzunehmen. Den Verwaltungsstellen ist gestattet, sofern es die räumliche Ausdehnung erfordert, in den Ortsgruppen eigene Abstimmungsstellen einzurichten. Für die Beachtung der Wahlordnung trägt jedoch der Verwaltungsstellenvorstand die Verantwortung.

3. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das satzungsgemäß der Beitragspflicht genügt hat. Jedes Mitglied soll in der Regel in der Verwaltungsstelle bzw. Ortsgruppe sein Wahlrecht ausüben, in der es angemeldet ist und seine Beitragspflicht erfüllt. Um jedoch allen Mitgliedern die Wahlmöglichkeit zu geben, können diejenigen, welche am Wahltag nicht an ihrem eigentlichen Wahlorte anwesend sind, ihr Wahlrecht in derjenigen Verwaltungsstelle bzw. Ortsgruppe ausüben, in welcher sie gerade anwesend sind.

4. Jedes Mitglied darf nur an einer Stelle und nur durch Abgabe eines Stimmzettels wählen. Als

Wahlberechtigungsausweis gilt das Mitgliedsbuch, welches jedes Mitglied der Wahlkommission vorzulegen hat. Diese hat die Wahlberechtigung zu prüfen und die Wahlmarke auf die Beitragsseite 1928 selbst einzukleben. Die Abgabe des Stimmzettels darf erst nach erfolgtem Markenkleben erfolgen.

5. Als Wahlkommission haben drei Mitglieder des Vorstandes oder drei vom Vorstande ernannte Mitglieder den Wahlakt zu leiten. Sofern vor dem Wahltag noch eine Mitgliederversammlung stattfindet, ist in dieser die Wahlkommission durch die Mitglieder zu wählen. Die Wahl erfolgt durch Zuzug.

6. Der Wahlakt hat pünktlich um 10 Uhr zu beginnen und darf erst um 2 Uhr geschlossen werden. Alle Mitglieder, welche jedoch vor 2 Uhr im Wahllokale anwesend waren, sind noch zur Wahl zuzulassen, auch dann, wenn die Zeit um einiges überschritten wird.

Nach Schluß der Wahl ist zunächst festzustellen, wieviel Wahlmarken verausgabt sind. Die Zahl der abgegebenen Stimmzettel muß dann die gleiche sein. Ist diese Feststellung erfolgt, dann beginnt das Auszählen.

7. Ist das Wahlergebnis festgestellt, dann muß die Wahlkommission das Wahlprotokoll ausfüllen, mit ihrer Namensunterschrift versehen, auch vom Vorsitzenden der Verwaltungsstelle unterzeichnen lassen und an den Wahlvorsteher (Bezirksleiter) einbringen.

Das Wahlergebnis der Hauptwahlen muß spätestens am 21. Juni, dasjenige der Stichwahlen spätestens am 20. Juli in den Händen des Wahlvorstehers sein. Später eingehende Resultate zählen bei der Zusammenstellung der Endresultate nicht mit.

8. Der Wahlvorsteher stellt das Ergebnis der Wahlen in einer Liste zusammen. (Diese Liste ist der von der Generalversammlung zu wählenden Mandatsprüfungskommission unter Beifügung der Wahlprotokolle der Verwaltungsstelle vorzulegen.)

Ergibt die Zusammenstellung der Ergebnisse aus einem Wahlkreise, daß ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat, so ist derselbe als Delegierter gewählt. Derjenige mit der zweithöchsten Stimmzahl ist als Ersatz-Delegierter gewählt. Hat keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten, so muß zwischen den beiden Höchstbestimmten Stichwahl stattfinden. Der Wahlvorsteher hat dieses unter Angabe der Namen derjenigen, die zur Stichwahl stehen, bis spätestens den 21. Juni den Verwaltungsstellen mitzuteilen.

9. Der Wahlakt bei eventuellen Stichwahlen am 8. Juli findet nach denselben Bestimmungen wie bei den Hauptwahlen statt.

10. Der Wahlvorsteher (Bezirksleiter) hat das Ergebnis der Hauptwahl bis spätestens den 28. Juni dem Hauptvorstande mitzuteilen. Die erforderlichen Stichwahlen werden in der folgenden Nummer der „Baugewerkschaft“ bekanntgegeben.

Das Ergebnis der Stichwahlen muß bis spätestens den 27. Juli dem Hauptvorstande mitgeteilt sein.

Von allen gewählten Delegierten und Ersatz-Delegierten ist dem Hauptvorstande die genaue Anschrift mitzuteilen.

Die gewählten Delegierten und Ersatz-Delegierten werden in der „Baugewerkschaft“ bekanntgegeben.

11. Alles Wahlmaterial ist bis zur Beendigung der Generalversammlung aufzubewahren und auf Aufforderung einer übergeordneten Stelle an diese abzuführen.

Wahlbezirkseinteilung

Ein Wahlbezirk umfaßt alle Verwaltungsstellen des betreffenden Verbandsbezirkes.

Wahlbezirk I, Berlin, wählt 2 Delegierte.

Wahlbezirk II, Bochum, wählt 16 Delegierte, darunter einen Polier, einen Zimmerer, einen Dachbeder, einen Stukateur, einen Holzerer, einen Fleis-

leger, zwei Bauhilfsarbeiter, einen Betonarbeiter und einen Erdarbeiter.

Wahlbezirk III, Breslau, wählt 4 Delegierte, darunter einen Zimmerer und einen Hilfsarbeiter.

Wahlbezirk IV, Frankfurt a. M., wählt 4 Delegierte, darunter einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk V, Hannover, wählt 4 Delegierte, darunter einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk VI, Karlsruhe, wählt 4 Delegierte, darunter einen Bauhilfs- und einen Erdarbeiter.

Wahlbezirk VII, Köln, wählt 10 Delegierte, darunter einen Polier, einen Zimmerer, einen Stukateur, einen Bauhilfsarbeiter und einen Betonarbeiter.

Wahlbezirk VIII, Königsberg, wählt 2 Delegierte, darunter einen Hilfsarbeiter.

Wahlbezirk IX, München, wählt 2 Delegierte, darunter einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk X, Münster, wählt 4 Delegierte, darunter einen Zimmerer und einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk XI, Nürnberg, wählt 2 Delegierte, darunter einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk XII, Paderborn, wählt 3 Delegierte, darunter einen Bauhilfsarbeiter.

Für jeden Delegierten ist ein Ersatzmann zu wählen, der jeweils dem gleichen Berufe entnommen werden muß, dem der Delegierte angehört.

Das Rätsel von Lohn und Preis

Welchen Einfluß hat die Lohnerhöhung auf das Preisniveau?

Aus Anlaß der Lohnbewegung in diesem Jahre, besonders im Baugewerbe und noch mehr im Bergbau, häufen sich in der deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenliteratur Aufsätze und Betrachtungen, die die Frage stellen: Wie beeinflussen die vor sich gehenden Lohnerhöhungen das deutsche Preisniveau? Die „Germania“ brachte am 25. April einen Leitartikel zur Verbindlicherklärung des Ruhrschiedspruches von einem Verfasser, dessen Namen nur mit drei Kreuzen angebeutet wird. Darin wird gesagt, daß der Ruhrkohlenbergbau die Lohnerhöhungen selbstverständlich nur tragen könne bei höheren Preisen der Kohle. Trotzdem sei die Bewilligung der Lohnerhöhung als richtig zu erachten; wenn man in sehr großem Umfange sonst Lohn- und Gehalts erhöhungen zugehe, wenn allgemein die Preise sinken und wenn allgemein die Kaufkraft des Geldes sinke, so könne man der Klasse von Arbeitern, die so harte und gefährliche Arbeit verrichten, wie die Arbeiter im Kohlenbergbau, die Lohnerhöhungen nicht verweigern. Durch diese Lohnerhöhung werde aber erst die wirkliche Frage in ihrer ganzen Schwere gestellt, nämlich die Frage des fehlerhaften Zirkels von Steigerungen der Löhne, Steigerungen der Gehälter und Steigerungen der Preise. In dem zitierten Aufsatz wird eine Antwort auf diese Frage nicht gegeben; es wird nur gesagt, daß man nach einer volkswirtschaftlichen und grundsätzlichen Lösung suchen müsse.

Eine sehr viel schärfere Beleuchtung des Zusammenhanges von Lohn und Preis, wie er sich heute in Deutschland leider da und dort auszuwirken beginnt, deutet die „Kölnische Zeitung“ vom 25. April in einem Leitartikel über die neue Preiswelle an. Dort wird gesagt: „Da es sich bei der Kohlenindustrie um eine Schlüsselindustrie handelt, so wird die von dieser Industrie ausgehende Preiswelle nicht vor den übrigen Industrien und vor dem gesamten Lebensstandard haltmachen, sondern über sie hinweggehen.“ Die „Kölnische Zeitung“ spielt mit dieser Bemerkung auf einen psychologischen Zustand des deutschen Unternehmertums an, den kennen zu lernen wir leider schon oft Gelegenheit hatten und der sich dadurch auszeichnet, daß Lohnerhöhungen zur Begründung von Preissteigerungen herbeigeholt werden, und zwar für Preissteigerungen, in denen dann nicht nur die Summe der Lohnerhöhung zum

Ausdruck kommt, sondern in die dann noch ein Zuschlag einkalkuliert wird, der oftmals den Betrag der gesamten Lohnerhöhung noch übersteigt. Leider ist auf großen Gebieten unseres Wirtschaftslebens die freie Konkurrenz ausgeschaltet, so daß ein solches an Preisdiktatur grenzendes Vorgehen weitgehend möglich ist. Leider setzen die Abnehmer solchen Verjuchen zur Preissteigerung oft nicht genügenden Widerstand entgegen. Auch dieses Verhalten ist psychologisch erklärlich; wird doch seit Monaten und Monaten in der ganzen deutschen Zeitungswelt von allgemeinen Lohnerhöhungen und Steigerung aller Selbstkosten geredet, so daß unvermeidlich der Eindruck entstehen muß, es handele sich in Wirklichkeit um gewaltige Mehrkosten der Produktion, die irgendwie wieder in den Preisen zum Ausdruck kommen müßten.

Das ist die gefährliche Seite der sensationellen Publizität und der übermäßigen öffentlichen Aufmerksamkeit, die sich den vielen Kleinen, auf lange Zeiträume sich erstreckenden Lohnbewegungen zuwendet. Der Umfang der Bewegung und die Höhe der Beträge, um die der Kampf geht, werden also leicht überhöht, und die Wirkung ist eine Atmosphäre der öffentlichen Meinung, in der sich dann Preissteigerungen durchsetzen lassen, die in gar keinem Verhältnis stehen zu den vorangegangenen Lohnerhöhungen.

Um was geht es eigentlich? Wie hoch ist etwa der Betrag, um den die Gewerkschaften während der ganzen lohnpolitischen Bewegung augenblicklich kämpfen? Es liegen jetzt schon eine ganze Reihe neu abgeschlossener Tarifverträge vor, und im Durchschnitt sind leider nur Lohnerhöhungen erzielt worden, die zwischen 6 und 8 Pfennig pro Stunde liegen. Die Mehrheit liegt schon näher bei 6 als bei 8 Pfennigen. Nach der bekannten Arbeitgeberdenkschrift zur Lohnpolitik handelt es sich nun um 247 ablaufende Tarifverträge mit rund 3,2 Millionen Arbeitern. Rechnet man pro Arbeiter 2400 Arbeitsstunden pro Jahr, so ergibt sich ein Betrag von 144 M. Lohnerhöhung pro Jahr und Arbeiter. Bei 3,2 Millionen Arbeitern sind es dann 460,8 Millionen M. Man kann also sagen, daß das Lohnkonto der deutschen Wirtschaft in diesem Jahre durch die vor sich gehenden Lohnsteigerungen um kaum mehr als 500 Millionen M. erhöht wird. Das scheint auf den ersten Blick eine recht beträchtliche Summe zu sein. Vergleichen wir sie aber mit anderen Größen, mit denen wir bei einer volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise zu rechnen gewohnt sind, so schrumpft sie in ihrer Bedeutung erheblich zusammen. Vor wenigen Monaten hat man, ohne aus der Industrie großes Protestgeschrei zu hören, dreimal so viel, nämlich 1,5 Milliarden M., für die Erhöhung der Beamteneinkünfte in Deutschland bewilligt. Den deutschen Arbeitnehmern wird im Jahre über 2 1/2 mal so viel an Lohnsteuern abgezogen, als sie durch die ganze diesjährige Lohnbewegung mehr erhalten werden. Die 500 Millionen M. betragen nicht viel mehr als 6 Prozent des ganzen Kapitalwachstums, den die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre aus eigenen heimischen Mitteln ersparen konnte. Ferner waren die Steuereinzüge in Deutschland im letzten Etatjahr um einen Betrag höher, als der ursprüngliche Vorschlag vorsah, der das 1/2fache der Summe ausmacht, um die es bei der jetzigen Lohnbewegung geht. Schließlich muß daran erinnert werden, daß das deutsche Volkseinkommen annähernd wiederum 60 Milliarden M. beträgt, wovon die ausgerechneten 500 Millionen M. Lohnerhöhungen nicht einmal ein einziges Prozent ausmachen.

Diese beiden letzten Zahlen geben uns auch einen Begriff davon, um welchen Betrag das deutsche Preisniveau sich im aller schlimmsten Falle erhöhen könnte, wenn sämtliche Lohnerhöhungen auf die Preise abgewälzt würden. In der deutschen Volkswirtschaft werden, um es noch einmal zu wiederholen, Waren und Leistungen für den endgültigen Verbraucher und Später im Gesamtwert von an die 60 Milliarden M. erzeugt. 500 Millionen M. Lohnerhöhungen könnten das Preisniveau dieser 60 Milliarden M. also höchstens bis zu 1 Prozent beeinflussen. Das deutsche Preisniveau ist jedoch Einflüssen der Konjunktur, der Auslandspreishöhe, der Kreditpolitik und anderen Faktoren ausgesetzt, die es ohne Schaden für die Wirtschaft sowohl nach oben wie auch nach unten in einem viel weiteren Ausmaß schwanken lassen, als es die ganze Lohnbewegung je zum Schwanken bringen könnte.

Nun wird aber niemand behaupten wollen, daß dieser Jahresbetrag der Lohnerhöhungen von 500 Millionen M. in seinem ganzen Umfange auf die Preise, d. h. auf den Konsumenten abgewälzt werden muß. Viele Industriepreise haben heute schon Reserve in ihren Kalkulationen, zu denen höhere Löhne Platz haben, ohne daß Preise erhöht zu werden brauchen. Sogar die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hat kürzlich zugegeben, daß allein die stillen Reserven, die die deutsche Industrie sich im letzten Jahre im Wege der Selbstmaximierung zulegen

konnte, viele hundert Millionen Mark betragen. Außerdem wissen wir alle, daß der große betriebs- und volkswirtschaftliche Rationalisierungsprozeß noch seinen Fortgang nimmt und dazu beitragen wird, die gewährten Lohnerhöhungen aus den damit verbundenen Ertragssteigerungen zu bestreiten, ohne daß diese preiserhöhend wirken.

Man kann sich darum des Eindrucks nicht erwehren, als ob jene Kreise der Wirtschaft, die Waren und Leistungen zu verkaufen haben, diese Lohnerhöhungen lediglich als Fortwand benutzen, um Preissteigerungen in einem Ausmaß durchzusetzen, die auch bei völliger Abwälzung aller Lohnerhöhungen nicht im entferntesten berechtigt sind. Wir haben oben gezeigt, einen wie geringen Einfluß die gegenwärtigen Lohnerhöhungen auf das Preisniveau, selbst bei voller Abwälzung, haben können, und behaupten daher, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften durchaus nicht verantwortlich sein wird für eine allgemeine Preiserhöhung, die uns die nächste Zukunft nach dem Versprechen der Arbeitgeberpresse etwa bringt. Es ist allerhöchste Zeit, die Öffentlichkeit über diesen Zusammenhang von Lohn und Preis aufzuklären, damit sie sich rechtzeitig wehrt gegen Preissteigerungen, die doch nur die Klassen jener füllen würden, die es meisterhaft verstehen, auch aus der Lohnbewegung auf dem Rücken der Arbeitnehmer und Verbraucher ein gutes Geschäft zu machen. E. M.

Die primitiven Unternehmerargumente

Bei einer kürzlich in der „Industrie- und Handelszeitung“ geführten Auseinandersetzung über die volkswirtschaftliche Auswirkung von Lohnerhöhungen zwischen dem Verfasser des vorstehenden Artikels und einem Herrn Dr. Hans Geßlich machte letzterer folgende für die Gewerkschaften recht ehrenvolle Fest-

Sowohl zu große Armut wie zu großer Reichtum tragen in sich die Keime antisozialer Gesinnung und Handlungsweise der einzelnen, des Unfriedens in der Gesellschaft, während umgekehrt ein richtiges Maß der Existenzmittel nicht nur zum ruhigen und friedlichen Bestand des Staates, sondern auch zu rechtem, tugendhaften Handeln der Bürger notwendig ist.

Thomas von Aquino.

stellungen: „Die Diskussion über die richtige Lohnhöhe spielt sich heute in den Grundzügen so ab, daß von Unternehmenseite im wesentlichen privatwirtschaftliche Rentabilitätsargumente angeführt werden, denen von Arbeitnehmerseite die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge, insbesondere aber sogenannte dynamische Argumente, Hinweise auf kommende und notwendige Entwicklungen, entgegengestellt werden. Sobald von Arbeitgeberseite mit sogenannten volkswirtschaftlichen Argumenten gearbeitet wird, sind sie — man muß das einmal offen sagen — so außerordentlich primitiv, daß man sich über Wirkungslosigkeit nicht wundern kann. Die Gewerkschaften haben es dagegen verstanden, wissenschaftliche Auffassungen sehr geschickt in ihrem Sinne zu deuten.“

Die Deutsche Volksbank

gibt in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1927 von einer erfreulichen Entwicklung dieses Unternehmens der christlichen Gewerkschaften Kenntnis. Einleitend wird eine ausführliche Darstellung gegeben über die wirtschaftlichen Verhältnisse im abgelaufenen Geschäftsjahr, das ein Jahr guter Konjunktur gewesen sei. So könne auch von dem Unternehmen Erfreuliches berichtet werden. Die Umsätze haben sich in allen Geschäftszweigen der Bank wesentlich gesteigert. Im laufenden Konto-Korrent-Verkehr von 96 auf 127 Millionen Mark; im laufenden Bank-Konto-Korrent-Verkehr von 48 auf 82 Millionen Mark; im Kassenverkehr von 48 auf 59 Millionen; im Reichsbank- und Postsparkassenverkehr von 48 auf 92 Millionen; im Wechsel- und Scheckverkehr von 18 auf 21 Millionen Mark.

Der gesamte Umsatz betrug auf einer Seite des Hauptbuches 506 705 686 RM.

Im Sparverkehr überstiegen die Einzahlungen die Auszahlungen um 2216 826 M., wodurch der Gesamtbestand an Spar- und Depositionsgeldern auf 9 438 322 M. stieg.

So hat auch bei der Deutschen Volksbank im Berichtsjahre der Sparverkehr eine gute Entwicklung genommen. Bekanntlich war dieses Jahr für den gesamten Sparverkehr im deutschen Volke von besonderem Erfolg. Ende 1927 betragen die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen 4665 Milliarden Mark, gegen 3000 Milliarden Ende 1926. Demnach wurde eine Zunahme erzielt von 1,74 Milliarden Mark. Seit der Stabilisierung der deutschen Währung im November 1923 bis Ende 1927, also in rund vier Jahren, haben

sich die Spareinlagen im deutschen Volke wieder auf 4,665 Milliarden Mark angehäuft.

Die Deutsche Volksbank als Sparbank der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten wird bei ihrem Sparverkehr in der Hauptsache auf diese Kreise der Arbeitnehmer mit ihren verschiedensten Organisationen beschränkt bleiben. Von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeitnehmer wird also auch der Sparverkehr abhängig sein. Sollen dennoch annehmbare Erfolge erzielt werden, so müssen die gesamten Kräfte der christlich-nationalen Organisationen angespannt werden. Das erfordert auch die Stellung der Deutschen Volksbank neben den sonstigen gleichen Einrichtungen der deutschen Arbeitnehmer. Finden die gesamten deutschen Arbeiterbanken mehr und mehr die Beachtung aller Volkskreise, so muß der Deutschen Volksbank als dem Unternehmen der christlichen Gewerkschaften gleichfalls eine dem Ansehen und der Bedeutung dieser Bewegung entsprechende Stellung verschafft werden.

Allgemeine Rundschau

Der lohnpolitische Sinn der Gewerkschaften

„Es liegt im Interesse der Industrie, daß auf sie ein ständiger Druck ausgeübt wird, die Löhne zu steigern, weil dies die Betriebsleitung antreibt und ihre produktive Tätigkeit vermehrt. Der Druck der Gewerkschaften hat in England dieselbe Rolle gespielt wie in Amerika die Knappheit der Arbeit und der hohe Preis, den die Arbeitgeber gezwungen, nach Mitteln zu suchen, um die Produktion zu verbilligen und Verschwendung zu vermeiden. Waren die Unternehmer frei gewesen von diesem Druck, so würden sie wohl zu der leichteren oder rückschrittlicheren Methode gegriffen haben, nämlich die Löhne niedrig zu halten. Wir wollen hoffen, daß nicht nur zum Besten der Arbeiter, sondern zum Wohl der Industrie dieser Druck auf den Unternehmer, höhere Löhne zu zahlen, niemals aufhören wird, obwohl man wünschen könnte, daß er konstruktivere Formen annimmt.“

Das sind erfreuliche Gedanken, um so erfreulicher, als sie von Männern stammen, deren wissenschaftlicher Ruf Weltgeltung hat. Leider wurden sie nicht in Deutschland geboren, sondern in England; sie stehen im neuen Wirtschaftsprogramm der englischen Liberalen. Wie weit ist die lohnpolitische Auffassung unserer Unternehmertreue noch von solcher Einsicht entfernt! Stärkste gewerkschaftliche Machtentfaltung und Dineinhämmern der gewerkschaftlichen Lohntheorien (Kulturlohn?) in das allgemeine Volkseinkommen müssen auch bei uns die Lohnpolitik aus den heutigen Niederungen rein privatwirtschaftlicher Betrachtungsweise herausheben.

Tarifbewegung

Dachbedergewerbe

Am 18. April fanden Verhandlungen zwecks Abschluss eines neuen Reichstarifvertrages im Dachbedergewerbe statt. Die Verhandlungen gestalteten sich recht schwierig, da die Arbeitgeberseite verschiedentlich mit Verschlechterungsanträgen durchzudringen versuchte. Aus diesem Grunde war ja auch die Kündigung des alten Vertrages erfolgt. Nach längerem mühevollen Verhandlungen kam es endlich zu einer Einigung, im wesentlichen auf der Grundlage des alten Vertrages. In der Lohnfrage haben wir allerdings eine kleine Verschlechterung hinnehmen müssen, da man die prozentuale Steigerung des Facharbeiterzuschlages auf den Maurerlohn hat fallen lassen und an dessen Stelle die reine Pfennigerhöhung in den einzelnen Bezirken tritt. Der Vertrag wird in aller nächster Zeit im Wortlaut vorliegen und ist dann durch die Bezirksleitung zu beziehen.

Isoliertgewerbe

Am 24. April fanden Verhandlungen über Regelung der Lohnfrage im Isoliergewerbe statt. Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig, da die Arbeitgeber einen Abbau der Löhne durchzusetzen versuchten. In der Vereinbarung vom 30. 5. 1927 war bekanntlich gesagt:

„Steigt im April 1928 der Lohn der Maurer in den Städten Hamburg, Dortmund und Leipzig um je 3 Pf. oder um mehr, so steht den am Reichstarifvertrag für das Isoliergewerbe beteiligten Gewerkschaften das Recht zu, ebenfalls Lohnverhandlungen zu beantragen.“

Auf Grund dieser Bestimmung hatten wir am 7. April Verhandlungen beim Wirtschaftsband beantragt. Die Arbeitgeber stellten sich nun auf den Standpunkt, daß wohl der Lohn der Maurer, soweit er über die 3 Pf. hinausginge, auch den Isolierern zuerkannt werden müsse. Dagegen sei die Vereinbarung vom vorigen Jahre so anzulegen, daß 3 Pf. überhaupt nicht berechnet würden. Daß bei einer solchen Stellungnahme des Wirtschaftsbandes eine Einigung nicht möglich war, ist einleuchtend. Die Verhandlungen mußten deshalb scheitern.

Am 25. April wurde dann unter Leitung des Referenten Bauer aus dem Reichsarbeitsministerium erneut verhandelt. Aber auch jetzt war eine Einigung nicht zu erzielen. Vereinbarungsgemäß wurde dann eine Schlichterkammer gebildet. Der von dieser ge-

fällte Schiedspruch, welcher einstimmig gefaßt wurde, hat folgenden Wortlaut:

- a) Mit Wirkung vom Freitag, den 27. d. M., werden die Stundenlöhne der Isolierer, Isolier-Klempner und Helfer um 5 Pf. erhöht.
- b) Ab 1. Juni d. J. betragen die Stundenlöhne für Isolierer und Isolier-Klempner: Maurer-Tariflohn (ausschließlich Gehaltsgeld) plus 5 Prozent, für Helfer: Isoliererlohn minus 10 Prozent.
- c) Bei der Berechnung sich ergebende Pfennigbruchteile werden bis zu 0,50 Pf. (einschließlich) nach unten, darüber hinaus nach oben gerundet.
- d) Vorliegendes Lohnabkommen kann mit zweimonatiger Frist, erstmalig zum 30. Juni 1929, gekündigt werden. Wird nicht gekündigt, so läuft es mit gleicher Kündigungsfrist jeweils auf ein Jahr weiter.

Die Isolierer ersehen aus diesem Schiedspruch, daß für sie eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande dadurch erreicht ist, daß ab 1. Juni wieder das Verhältnis, wie es im Frühjahr 1928 bestand, hergestellt ist. Der Lohn bzw. die Spanne zwischen Maurerlohn und Isoliererlohn ist um zwei Prozent erhöht worden. Wir haben diese Lohnvereinbarung allerdings auf ein Jahr festgelegt, wohingegen der Reichstättungsvertrag nur bis 30. Juni abgeschlossen ist. Die neuen Verhandlungen über Abschluß eines Reichstättungsvertrages, welche demnächst stattfinden müssen, haben sich also nicht mit der Lohnfrage zu befassen, da die Steigerungen der Maurerlöhne, welche schon für September festliegen oder noch vereinbart werden, auch den Isolierern zugute kommen.

Dieser Erfolg muß die Kollegen des Isoliergewerbes anspornen, auch den letzten Berufs Kollegen der Organisation zuzuführen.

Aus dem Verbandsleben

„Christliche Werbeerfolge.“ Unter dieser Schlagmarke bringt der „Grundstein“ (Nr. 16) einen Aufruf des „Genossen“ Hermann aus Leipzig. Die verstärkte Agitation des christlichen Bauarbeiterverbandes in seinem Revier hat ihn offenbar nervös gemacht. Wie schon bei einer früheren Veröffentlichung im „Volksboten“, nimmt H. es auch jetzt mit der Wahrheit nicht genau. Seine Behauptungen über unsere Bewegung in der Versammlung in Weimereich müssen gar schon als bewußte Ballenbiegearbeit bezeichnet werden. Als ich ihn aufforderte, nur einen einzigen seiner klobigen Einwände zu beweisen, wußte er nur zu erwidern, er hätte nicht gewußt, daß ich da wäre, sonst hätte er seine Akten mitgebracht. Mir will scheinen, H. hatte nicht nur seine Akten, sondern auch sein Hirn vergessen. Aber ist da überhaupt etwas zu vergessen? Wenn man am Schlusse der „Grundstein“-Notiz die einfältige Drohung liest, ich würde beim nächsten Besuch ohne Schuhe und Strümpfe nach Weimereich zurückgeschickt werden, dann muß man daran sehr berechtigte Zweifel hegen. Solche „geistige“ Leistung kann wirklich nur mit dem absoluten Mangel an Hirn entschuldigt werden.

Die Einwände auf den in der Versammlung anwesenden Kollegen mit dem Stahlhelmschildchen offenbar so recht die Doppelseite in der Brust der „Genossen“. Nach der laut verkündeten Anekdote von Hermann und seiner Dichtnachbarn sind alle Arbeiter im Stahlhelm Lumpen und Arbeiterverräter. Aber merkwürdig, als dieser Stahlhelmann sich mit uns Christlichen unterhielt, wurde man auf Geistesseite doch gleich sehr nervös. Offenbar hatte man Angst, es sei uns bereits gelungen, dieses Stahlhelmmittglied dem Baugewerksbund abtrünnig zu machen. Zum Beitragzahlen sind nämlich die Mitglieder des Stahlhelms und der sonstigen vaterländischen Verbände dem Baugewerksbund gut genug, im übrigen dürfen sie sich als Lumpen und Arbeiterverräter beschimpfen lassen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Mitglieder dieser Verbände aus dieser für sie unmöglichen Situation die einzig richtige Konsequenz ziehen, indem sie aus dem Baugewerksbund austreten und Mitglieder im Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands werden. Die Lumpen und ehrenrührigen Einwände des „Genossen“ Hermann lassen ihnen gar keine andere Wahl.

Verwaltungsstelle Reddinghausen. Am 15. April fand die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Es nahmen 22 Delegierte teil. Nicht vertreten waren die Ortsgruppen Galtorn, Hülz, Langenbuchum, Datteln, die Plattenleger und die Jugendabteilung von Reddinghausen. Aus dem Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen:

Das Jahr 1927 war für die Verwaltungsstelle Reddinghausen ein Jahr des Fortschritts und des Aufstiegs. Nach einer zweijährigen Periode großer Arbeitslosigkeit stellte sich im Spätjahr eine erhebliche Besserung der Konjunktur ein. Dadurch kamen wir auch agitatoren besser vorwärts. Aufnahmen hatten wir 633, unentgeltliche Jugendaufnahmen 61, Uebertritte 33. Entsprechend gestalterte sich die finanzielle Entwicklung. Wir hatten im Jahre 1927 eine Gesamteinnahme von rund 45000 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 15907,34 M., die Ausgabe 15050,01 M., so daß noch ein Lokalkassenbestand von 850,33 M. verbleibt.

Die Konjunkturverhältnisse werden auch in diesem Jahre nicht schlecht sein. Damit haben wir wieder ein weites Agitationsfeld vor uns. Möge es an Helfern nicht fehlen.

Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen haben im ganzen 23 stattgefunden. Der Versammlungsbuch ließ viel zu wünschen übrig. Eine rühmliche Ausnahme machten hier von die Ortsgruppen So-

Am 5. Mai 1928 ist der achtzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1928 fällig.

dingen, Ditteln und Suderwich. Wo die Versammlungen gut besucht werden, herrscht in der Regel reges gemeinschaftliches Leben.

Auch das Baudelegiertenwesen bedarf noch sehr des Ausbaues. Meistlich geschützt steht heute der Baudelegierte auf seiner Arbeitsstelle und soll der Vermittler sein zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wenn er sich seiner Aufgabe voll bewußt ist, dann wird seine Tätigkeit dem Verbands- und den Mitglieder viel Nutzen bringen. Darum gehört auf jede Baustelle ein Baudelegierter des christlichen Bauarbeiterverbandes.

Auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung konnte eine rege Tätigkeit entfaltet werden. Es wurden circa 200 Arbeitsstellen vermittelt.

In Rechtschutzangelegenheiten ist den Kollegen in 91 Fällen durch 29 Vertretungen, 40 Auskünfte und 112 Schriftsätze Schutz und Hilfe zuteil geworden. Durch diese Tätigkeit ist eine Summe von 779,91 M. an Lohn und Renten herausgeholt worden.

In der Jugendorganisation sind wir im Laufe des Jahres 1927 nicht vorwärts gekommen, da vielerorts das richtige Verständnis für diese Aufgabe fehlte. Neuerdings ist darin eine Wendung eingetreten, so daß wir heute schon drei tüchtige, lebenskräftige Jugendgruppen mit rund 115 Mitgliedern zu verzeichnen haben. Hierin muß in der Zukunft noch mehr geschehen.

Bei der Wahl des Vorstandes wurden mit wenigen Ausnahmen die alten Mitglieder wiedergewählt. Ein Beweis, daß man mit seiner Tätigkeit zufrieden war. Der bisherige Vorsitzende, Kollege Josef Sauerbier, Herten, der seit Gründung der Ortsgruppe Herten im Jahre 1904 zugleich Kassierer derselben war, hat beide Posten niederlegen müssen, da er sich von einer sehr schweren Magenoperation noch nicht wieder erholt hat. Auch an dieser Stelle sei ihm der besondere Dank der

Wir brauchen für unser Reichsjugendheim noch 120 000 M. Das scheint sehr viel, ist aber wenig. Warum? Wenn jedes Mitglied 10 Pf. für eine Jugendheimmarke opfert und uns für 10 Pf. eine Künstlerkarte abkauft, haben wir das Geld zusammen. Am dieser 20 Pf. wollen wir Du uns doch nicht im Stiche lassen! Karten und Marken sind bei unseren Sekretariaten, Ortsgruppen und Vertrauensleuten zu haben.

Verwaltungsstelle für seine treue Mitarbeit durch 24 lange Jahre hindurch ausgesprochen. Mögen sich alle Mitglieder, besonders aber die jüngeren, an ihm ein Beispiel nehmen. An seine Stelle trat der bisherige zweite Vorsitzende, der Kollege Wilhelm Bölscher, Zimmerer. Zum ersten Male kam in der Person des Kollegen Josef Breulmann von der Jugendgruppe Herten-Datteln ein Vertreter der Jugendabteilungen in den Vorstand.

Ein Ereignis von besonderer Bedeutung kam hier nicht übergangen werden. Am 14. August v. J. feierte die Verwaltungsstelle und Ortsgruppe Reddinghausen das Fest ihres 25jährigen Bestehens, an dem die gesamten christlichen Gewerkschaften in unigen Anteil nahmen. Am 22. Juni 1902 fanden sich eintige Bauarbeiter zusammen, die nach Anweisung des Kollegen Anton Schmidt-Bogum, des derzeitigen 2. Verbandsvorsitzenden, sich daran machten, eine Ortsgruppe des Verbandes christlicher Maurer und verwandter Berufe ins Leben zu rufen. Alle diese Kollegen haben damals wohl nicht geahnt, was ihnen im ersten Vierteljahrhundert ihrer Verbandszugehörigkeit an Leid und Freud, an gewaltigen übermenschlichen Anstrengungen und Entbehrungen, an aufbauenden und zerstörenden Einflüssen begegnen würde. Ein nie verzagender Optimismus, ein steter Glaube an das Gelingen der Arbeit und ein unbeugbarer Wille, das gesteckte Ziel auf dem als richtig erkannten Wege zu erreichen, waren die Merkmale der vergangenen 25 Jahre. Einige verlorene und weit mehr gewonnene Kämpfe haben die wirtschaftlichen Verhältnisse auf die achtunggebietende Höhe gebracht, auf der wir heute stehen. In dieser Feier nahm auch der Vertreter der katholischen Arbeitervereine und ein Vertreter des Oberbürgermeisters teil. Der Landrat hatte ein Glückwunschschreiben geandt, da er verhindert war. Der Caritasdirektor Schlüsener lenkte in seiner Ansprache den Blick um 1900 Jahre zurück, auf jene Zeit, als Josef von Nazareth und sein göttlicher Pflöger die Embleme des Bau- und Holzarbeiterverbandes zeigten. Damals, als das Christentum den Grundlag aufstellte, jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, und der Gotteslohn durch seinen Schatten die Arbeit adelt, da ist der erste Grundstein gelegt worden zu den Bestrebungen der christlichen Bauarbeiter. Viele große Baudenkmäler sind Zeugen einer christlichen Vergangenheit. Die Bauhütten vergangener Jahrhunderte, insbesondere die des Kölner Domes, zeugen heute noch von dem großartigen Zusammenklang von Christentum und Bauarbeitern. Die alte Bruderschaft der Brückenbrüder, die nur aus Bauarbeitern bestand, schloß sich in alter Zeit freiwillig zusammen, um die Brücken zu schlagen über Flüsse und Ströme, nur um den Brüdern zu dienen. Von diesem Beispiele der Gemeinschaftsarbeit befeelt, sollen die Bauarbeiter weiter

der Zukunft über alle Hindernisse hinweg den Weg bereiten zum Aufstieg ihrer Nachkommen.

Stadttrat Dünnebadde führte aus: 1902 bis 1927! Denken wir uns zurück in die Zeit vor 25 Jahren und betrachten wir, was unter ihren fleißigen Händen im Laufe dieser Zeit aus dem kleinen Reddinghausen geworden ist. Alles, was an großen Bauten und Wohnungen in dieser Zeit entstanden ist, ist durch ihre Arbeit geschehen. Es muß festgestellt werden, daß hier Großes und Gewaltiges geleistet worden ist. Für die Mitarbeit an Reddinghausens Bauwerken sei ihnen herzlicher Dank gesagt. Mögen alle ihre Wünsche und ihnen heute dargebrachten Segenswünsche in Erfüllung gehen.

Kollege Artmann erinnerte an die wichtigsten Momente der Vergangenheit. Ein vierblättriges Aleeblatt habe damals im Vordergrund der Bewegung gestanden und ihr feinen Stempel aufgedrückt. Es waren dies die Kollegen: Franz Rogge, der auf dem Felde der Ehre gefallen ist, erster Beamter der Verwaltungsstelle, Bonifatius Müller, heute Bezirksleiter in Münster, Bernhard Kirchner, der spätere Beamte in Oberhausen und Eisen, der krank aus dem Felde heimkehrte, und kurz darauf starb, und der Kollege Kruppka, späterer Beamter in Kreuzburg. Er appellierte weiter an die Jugend, dem übermäßigen Sport in etwa zu entsagen und auch ein paar Stunden für die gewerkschaftliche Arbeit übrig zu haben, damit sie in der Lage sei, das Erbe der alten Kollegen anzutreten und weiterzuführen. Die Frauen ermahnte er, doch nicht murrend zur Seite zu stehen, wenn ein Opfer gebracht werden müsse, sondern lebendige Mitarbeiterinnen in der Gewerkschaftsbewegung zu sein. Ihre Arbeit vor allem sei es, die Jugend zu tüchtigen Gewerkschaftlern heranzubilden. Uns könne es nicht gleichgültig sein, wo unsere Jugend bei der Wahl der Organisation landet. Deshalb möge die Frau und Mutter sich stets bemühen, welche große Aufgabe sie in ihrer Eigenschaft als Erzieherin der Kinder in gewerkschaftlicher Hinsicht zu erfüllen habe. Kollege Schmidt-Berlin schilderte in der Rede die Zeit vor 25 Jahren, wo er selbst in der Gründungsversammlung die Kollegen aufgenommen habe, die nunmehr 25 Jahre lang dem Verbands die Treue und das Vertrauen gehalten haben. Fünf Kollegen meinten noch unter uns, denen er vor 25 Jahren der Aufnahmebescheinigung ausgestellt habe und heute nach 25 Jahren die Rodel mit dem Silberkranz und die Ehrenurkunde überreichen könne. Es sind dies die Kollegen Friedrich Niemann, Heinrich von Heesen, Hermann Deumer, Karl Böhlke und Heinrich Mauritz. Er dankte denselben für die dem Verbands geleisteten Verdienste und ermahnte die Jugend, ebenso unentwegt für die christliche Gewerkschaft einzutreten. Die weiteren Ausführungen des Redners waren ein Rückblick in die Vergangenheit, ein Verweilen bei der Gegenwart und ein Blick in die Zukunft. Schwer, unendlich schwer war der Anfang, stolze Erfolge buhnen wir in der Gegenwart, aber Großes bleibt noch in der Zukunft zu tun. Wir streiten heute nicht mehr für das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsvertrage, dieses ist erreicht und gesichert. Wir streiten heute für das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft selbst, ja für den Mitbestimmungs der Wirtschaft. Dazu rufe er besonders die Jugend auf.

Längst sind die Festtage verklungen, die mühternte Tagesarbeit hat uns wieder in ihren Bann gezogen. Herzlichen Dank allen Mitarbeitern für ihre treuen Dienste im ersten Vierteljahrhundert und besonders auch im letzten Jahre. Mögen sie uns auch in Zukunft nicht fehlen!

Verwaltungsstelle Siegen. Am 1. April hielt unsere Verwaltungsstelle ihren Delegierten Tag in Siegen ab, der von Vertretern aus den Kreisen Siegen, Olpe, Wittgenstein, Altkirchen, Biedenkopf, Westerburg und Meschede sehr gut besucht war. Aus dem Geschäfts- und Kassenericht, den Kollege Jung erstattete, geht hervor, daß sich die Mitgliederzahl im Berichtsjahre verdreifacht hat. Auch sind die Einnahmen sehr zufriedenstellend. Auf dem Gebiete des Rechtsschutzes hat die Geschäftsstelle sehr erfolgreich gearbeitet. An Arbeitsgerichten wurden in 63 Klagen 6400 M. herausgeholt, an staatlichen und Gemeindesteuerreduzierungen 203 M., an Lohnsteuerfürungen über 800 M., durch Anträge auf Gewährung von Baugeldern 12 650 M. Außerdem hat die Geschäftsstelle 23 Fälle aus der Kranken-, 2 Fälle aus der Unfall-, 4 Fälle aus der Invalidenversicherung erfolgreich durchgeführt. Kriegsbeschädigtenfällen wurden 8, Erwerbslosenfällen 48, allgemeine Fürsorge 21, Steuerangelegenheiten 4 und Mietsstreitigkeiten 6 erledigt.

Durch den Abschluß des Reichs- und Bezirks-Tarifvertrages erhielten unsere Mitglieder in arbeitsvertraglicher und lohnpolitischer Beziehung sehr große Vorteile. Der Stundenlohn liegt um 7 Pf. in der Spitze. Auch auf sozialpolitischem Gebiet war für uns Gewerkschaftler das Berichtsjahr ein sehr erfolgreiches. Betamen wir doch durch Mitarbeit unserer Vertreter in den Parlamenten die Arbeitszeitnovellverordnung, das Arbeitsgerichtsgesetz, das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und eine einheitliche Regelung über die sozialen Wahlen. Alle diese Gesetzmahnahmen können sehr segensreich für uns wirken, wenn wir Hand in Hand innerhalb der Organisation sie für uns auszuhandeln zu machen verstehen. Durch die sozialen Wahlen sind wir in fast allen Kassen, in denen unsere Kollegen versichert sind, nicht nur im Ausschuß, sondern auch im Vorstand vertreten und ein Teil wird auch in die Berichterungsämter als Beisitzer kommen. Drei Kollegen üben das Amt als Arbeitsrichter aus. Die Beschäftigungsmöglichkeit war im Berichtsjahre eine sehr gute zu nennen, setzte aber erst anfangs Mai ein und ließ im

Oktober schon wieder wesentlich nach. Für das Jahr 1928 sind die Aussichten nicht so glänzend, doch hoffen wir, daß durch Maßnahmen der Kommunen noch das Verfallene nachgeholt wird, damit wir auch in diesem Jahre wenigstens eine mittelmäßige Konjunktur bekommen. Eins nur möchten wir den einzelnen Baubehörden ans Herz legen, und zwar, doch nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß durch die Verteilung der Hauszinssteuerhypotheken und Erteilung von Bauerlaubnissen die Arbeiten nicht auf drei bis fünf Monate zusammengedrängt, sondern auf das ganze Jahr verteilt werden. Nach der Vorstandswahl erstattete Bezirksleiter Häusch den Bericht über die diesjährigen Lohnverhandlungen. Mit den gefällten Schiedssprüchen war die Versammlung sehr unzufrieden, da dieser Lohn nicht mal ausreicht, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu bestreiten.

Kollegen! Wenn alle christlichen Bauarbeiter unseres Bezirks auch in diesem Jahre an dem Ausbau der Organisation mitarbeiten, dann kann der Verband noch gegenreicher wirken für den einzelnen, zum Wohle der Familie und dadurch zum Wohle des Staates. Also, auf zur Tat!

Elberfeld. Die am 21. April stattgefundene Versammlung nimmt mit Empörung Kenntnis von dem mageren Erfolg der Lohnbewegung. Sie erwartet von den Verbandsinstanzen, daß in Zukunft dem Haupttarifamt die Befugnis genommen wird, endgültig über die Lohnfrage der Bauarbeiter zu entscheiden, da die Lohnerschöpfung schon bei den schwachen Verhandlungen durch Preissteigerungen aufgehoben wurde. Die Versammlung wünscht, daß in Zukunft bei solch einem Schiedsspruch der Hauptvorstand die Kollegenschaft aufruft, um sich durch Kampf ihre Lebensbedingungen zu sichern.

Verwaltungsstelle Eppeln. Am 22. April fand unsere Generalversammlung statt. Sämtliche Ortsgruppen waren vertreten. Kollege Landtagsabgeordneter Kreker hatte leider infolge Arbeitsüberlastung seinen Vortrag abjagen müssen. Den Jahresbericht gab Kollege Heidrich, Gleiwitz in Oberschlesien. In kurzen Ausführungen wies er auf verschiedene Mängel hin, die beseitigt werden müßten, wenn der Verband an Durchschlagskraft gewinnen sollte. Das Verfallene müsse durch rege Mitarbeit aller Kollegen nachgeholt werden. Hierzu gehöre insbesondere die Entrichtung der jahungsgemäßen Beiträge. Arbeitslosienmarken dürften nur bei tatsächlicher Arbeitslosigkeit abgegeben werden. Nur wenn dies durchgeführt würde, könne eine finanzielle Stärkung des Verbandes, die für spätere Kämpfe notwendig sei, kommen.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Unsere nächsten Aufgaben“, ging der Redner auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands, insbesondere die des Baugewerbes, ein. An Hand verschiedener Beispiele zeigte er, daß es mit der Wirtschaft nicht so trostlos wäre, wie es das Unternehmertum darzustellen versucht. Das Zusammengehören der Unternehmer über die trostlose Lage könne in keiner Weise begründet werden. Es komme ihnen nur darauf an, auf Kosten der Arbeiter große Gewinne zu erzielen, was auch bei den letzten Lohnverhandlungen deutlich zum Ausdruck gekommen sei. Obwohl die Steuerung auf der gleichen Höhe wie in anderen Städten stände, hätten die ober-schlesischen Bauarbeiter die niedrigsten Löhne und die Unternehmer die größten Gewinne. Das läme auch dadurch, daß mancher Bauarbeiter noch abseits der Organisation stehe und somit Handlangerdienste für den Unternehmer leiste. Die Unorganisierten zu gewinnen, sei unser nächstes Ziel.

Redner ging auch auf die geplante Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung für Bauarbeiter ein. Diese Verschlechterung müsse entschieden abgelehnt werden. Was aber auf gezieltem Wege nicht erreicht werden könne, müsse durch Selbsthilfe ergänzt werden.

Redner wandte sich dann der Jugendfrage zu. Er betonte, daß mehr als bisher für Nachwuchs gesorgt werden müsse. Der bisherige Zustand, daß die Väter bei uns und die Söhne bei den „Genossen“ seien, müsse beseitigt werden.

In der regen Ansprache wurden seitens der Anwesenden eine Reihe von Wünschen vorgebracht. Insbesondere wurde die Erhöhung der Beiträge auf 1,50 M für den Facharbeiter, 1,05 M für den Bauhilfsarbeiter und 85 Pf für den Tiefbauarbeiter geordert und einstimmig beschlossen. Die Erhöhung soll ab 1. Mai d. J. durchgeführt werden.

Die Verwaltungsorgane sollen von Eppeln selbst erledigt werden. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Kollege Johann Kalt, Charnowanz, zum zweiten Vorsitzenden und Schriftführer Jol. Klappan, Kodelwitz, zum Kassierer Alfons Schieblau, Eppeln, Sebastianenplatz 3, gewählt.

Bei den genannten Kollegen sind sämtliche Abrechnungen der Ortsgruppen zu erledigen und auch die Marken zu besetzen.

Sprechstunden für Eppeln sind jede Woche, Freitag nach Feierabend, im Verbandsbüro, Zimmerstraße 13.

Jugendbewegung

Verwaltungsstelle Recklinghausen. Am Sonnabend, den 21. und am Sonntag, den 22. April, fanden in der Verwaltungsstelle Recklinghausen drei bedeutende Jugendversammlungen statt: Für Herne, Soest und in Herne, für Eickeln, Herne, Langenbochum im Herne und für Recklinghausen und Umgebung in Recklinghausen. In Herne waren von 45-50, in

Herne von 33-38 und in Recklinghausen von 31-21 Jugendliche anwesend. An der Herneer Versammlung nahm auch der Herr Berufsschuldirektor Rheinländer teil, der in einer schönen Ansprache an die Jugendlichen deren Bestrebungen zu unterstützen und gerne helfend mit einzugreifen versprach, wo es notwendig sei, soweit fachliche Ausbildung in Frage läme. Alle Jugendlichen folgten gespannt seinen Ausführungen und spendeten am Schlusse reichen Beifall.

Zu allen drei Versammlungen war auch unser Jugendleiter, Kollege Leuninger, erschienen, der in allen Versammlungen die jungen Kollegen mit den Bestrebungen der Gewerkschaften, insbesondere der christlichen Gewerkschaften, vertraut machte. Weiterhin zeigte er uns die Wege, die zu gehen sind, um die Jugendversammlung interessant, lehrreich und bildend für die Jugend zu gestalten. Zur Abwechslung trug er einige Gedichte vor und weiteren Inhaltes vor, die sehr gefielen. Mit tadelloser Aufmerksamkeit folgten die jungen Lehrlinge, Arbeiter und angehenden Gesellen seinen Ausführungen, die hoffentlich auf guten Boden gefallen sind. Die junge Generation bedarf ja auch einer besonderen Pflege, um das Rüstzeug für die Aufgaben zu bekommen, die die Zukunft ihnen stellt. Bewiesen hat sie ja auch in den Versammlungen, daß sie es sehr ernst nimmt mit ihren Verbandsangelegenheiten. Wir wollen hoffen, daß das Interesse an der Sache auch so bleibt. Dann können sowohl die alten Kollegen als auch die Jugendlichen selbst ihre besondere Freude an und in den neugegründeten Jugendabteilungen haben. Wo noch keine oder unvollkommene Vorstände vorhanden waren, wurden solche gewählt oder ergänzt. Betrübtlich ist es, daß es manchmal so schwer fällt, ältere erfahrene Jugendleiter zu bekommen. Dieses so dankbare Gebiet zur Bearbeitung zu erhalten, soll jeder ältere dazu geeignete Kollege sich als eine besondere Ehre anrechnen.

Zu Anfang und Schluß der Versammlungen wurde ein Lied gesungen, das uns bewies, daß unsere Jungens noch jangeschäftig und jangeschäftig sind.

Wer

kennt die wichtigsten Größenordnungen in Volk und Wirtschaft?

Mit einem Appell an die Jugend, nunmehr auch kräftig für die Jugendgruppen zu werben, damit dieselben immer stärker und größer werden, wurde die Versammlung geschlossen.

Münster i. W. Am Mittwoch, den 25. April, hielten wir eine gut besuchte Jugendversammlung ab. Die Vorstandswahl ging glatt vonstatten: 1. Vorsitzender Duwenig, Maurer, 2. Vorsitzender Hölcher, Maurer, 1. Schriftführer Lübbers, Maurer, 2. Schriftführer Schürmann, Zimmerer, Kassierer Teepe, Maurer, Jugendobmann Kollege Nicolaus. Dann sprach Kollege Duwenig über folgende Fragen: Was ist ein Tarifvertrag? Was enthält ein Tarifvertrag? Die Wirkung des Tarifvertrages. Wer ist an den Tarifvertrag gebunden? Tarifverträge, die für allgemeinverbindlich erklärt sind.

Die Diskussion über die einzelnen Fragen war sehr rege, woraus zu ersehen war, daß unsere jungen Kollegen für Weiterbildung Interesse zeigen. Zum Jugendtreffen in Köln konnte die freudige Mitteilung gemacht werden, daß sich schon 40 Kollegen zur Teilnahme gemeldet haben und sich auch rege an der Sparrückzahlung beteiligen. Die Zahl wird sich aber noch erhöhen. Unter „Verschiedenes“ wurde bekanntgegeben, daß die Zahl der jugendlichen Facharbeiter bis zum 19. Lebensjahre in unserer Verwaltungsstelle 192 betragt. Des weiteren wurde festgestellt, daß es noch immer Unternehmer gibt, welche den festgesetzten Tariflohn für Lehrlinge nicht zahlen. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, gegen diese Unternehmer vorzugehen. Seit der letzten Jugendversammlung konnten 15 Lehrlinge unserer Jugendgruppe neu zugeführt werden. Wir wollen hoffen, daß bei der nächsten Jugendversammlung ein noch größerer Zuwachs zu verzeichnen ist. Es wurde angeregt, für die Jugendgruppe einen Wimpel anzuschaffen, welchem auch stattgegeben werden soll. Nach Abingen eines gemeinschaftlichen Liedes wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Sozialpolitik u. -versicherung

Bemessung des Grundlohnes bei der Krankenversicherung der Empfänger von Arbeitsunterstützung. Bei der Krankenversicherung von Arbeitslosen tritt für die Bemessung des Grundlohnes an die Stelle des auf den Kalendertag entfallenden Arbeitseinkells $\frac{1}{7}$ des wöchentlichen Einheitslohnes einschließlich den Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Das gilt auch für die Empfänger von Arbeitsunterstützung. Auch hier ist für die Krankenversicherung der volle Einheitslohn zugrunde zu legen, nach dem die Unterstützung berechnet wird. Die Frage ist bei der Schaffung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erwogen worden. Man hat dort, obwohl dadurch eine gewisse Begünstigung der Krankenkassen eintritt, aus Gründen der Vereinfachung davon abgesehen, eine Sonderbestimmung für die Fälle von Teilunter-

stützungen aufzunehmen. Hierbei dürfte es übrigens keinen Unterschied machen, ob die Arbeitslosen erst unter der Geltung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung neu in den Genuß der Krankenversicherung gelangt sind, oder ob sie sie schon vorher bezogen haben. Es entspricht dem Sinn dieses Gesetzes, wenn für die Krankenversicherung dieser Personen derjenige Einheitslohn zugrunde gelegt wird, der der Höhe ihrer Unterstützung entspricht. Zwar ist diese Stellungnahme der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung noch äußerst umstritten. Es wird erst eines richterlichen Entscheides bedürfen, bevor die Frage endgültig geregelt werden kann.

Bekanntmachungen

Braunschweig

Alle zureichenden Kollegen sind verpflichtet, sich im Verbandsbüro bei dem Unterzeichneten, Braunschweig, Kuhstr. 13, zu melden.

Gottfried Sütte.

Oberschlesien

Die Monatsversammlungen im Industriegebiet finden wie folgt statt:

in Beuthen jeden Dienstag nach dem 10. des Monats, bei Karas, Widstr.

in Hindenburg jeden Dienstag nach dem 20. des Monats, bei Eisner, Kronprinzenstr.,

in Gleiwitz jeden Dienstag nach dem 1. des Monats, im Gewerkschaftshaus, Peter-Paul-Platz 12.

Alle zureichenden Kollegen melden sich in Gleiwitz im Verbandsbüro, Peter-Paulplatz 12, in Hindenburg beim Kassierer Fr. Popiolek, Wilhelmstraße 11, in Beuthen beim Schriftführer H. Trisitz, Breitestr. 13, und beim 1. Vorsitzenden Znielczik, Viehhofstraße 30.

Der Vorstand.

Verwaltungsstelle Siegen

Ab 1. April 1928 finden Rechtschutzberatungen auf unserm Büro, Sandstr. 82, nur während der Sprechstunden, Dienstags und Freitags, nachm. von 2-7 Uhr, statt.

Alle zureichenden Kollegen wollen sich dort oder bei unserem Vorsitzenden, Friedrichstr. 3, melden.

Die zureichenden Kollegen im Kreise Olpe werden gebeten, sich bei dem Kollegen Joseph Feldmann, Olpe, Bergstr. 54, zu melden.

J. A.: Jos. Wildfeuer, 1. Vorsitzender.

Sterbetafel

Am 14. April starb unser langjähriges Mitglied, der Maurer Josef Dombrowski, im Alter von 74 Jahren. Er war Mitbegründer unserer Verwaltungsstelle im Jahre 1900.

Am 21. April starb unser langjähriges Mitglied, der Maurer Johann Kurowski, im Alter von 75 Jahren nach siebenjähriger Krankheit an Lähmung. Auch Kurowski war Mitbegründer unserer Verwaltungsstelle.

Verwaltungsstelle Allenstein.

Am 18. April starb nach mehrwöchigem Krankenlager unser treuer Kollege August Ludwig (Maurer) im Alter von 65 Jahren.

Verwaltungsstelle Berlin.

Am 26. April starb unser lieber Kollege Heinrich Bayer aus Strumburg (Westerm.) nach langer schwerer Krankheit im Alter von 43 Jahren.

Verwaltungsstelle Koblenz.

Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Bauhandwerker!



In Anbetracht der Wirtschaftslage und zur weiteren Einführung meiner Original „Wanderluft“, Qualitäts-Garantie, echt Teakholzwagen mit Messingplatte und Messingringen gebe ich bis auf weiteres zu besonderem Akkordpreis ab:

50	60	70	75	80
2,80	3,—	3,40	3,60	3,70
90	100 cm genau ausgelotet			
3,50	4,10 M. netto.			

Alle anderen Garantie-Werkzeuge für Maurer, Stulplature und Plattenleger laut Liste billigst.

Wer probt, lobt „Wanderluft“

Rud. Rasch, Kemscheid, Wilhelmstr. 34.